

Während die Linientreue der Genossen nie in Frage stand, mußte FDP-Mischnick seine Parteifreunde in Einzelgesprächen „mit großem Zeitaufwand“ (Mischnick) auf die Koalitionslinie einschwören. Dem uermüdeten Sachsen gelang es, so eigenwillige Liberale wie den hessischen Millionär Knut von Kühlmann-Stumm, den oberbergischen Industrieberater Gerhard Kienbaum und den niedersächsischen Waggonfabrikanten Carlo Graaff auf das mieterfreundliche Gesetz festzulegen.

Nur der schwäbische Bauer und Mietshausbesitzer Georg Gallus blieb stur und enthielt sich. Mischnick ist freilich sicher: „Wenn es auf seine Stimme angekommen wäre, hätte auch Gallus mitgemacht.“ So setzte sich die Koalition mit 250 gegen 241 CDU/CSU-Stimmen durch.

Unerwartet standfest war die FDP auch bei der Abstimmung über das Betriebsverfassungsgesetz geblieben: Selbst unternehmerfreundliche FDP-Abgeordnete stellten der Koalitionsdisziplin zuliebe ihre eigenen Interessen zurück.

Lediglich Kühlmann-Stumm und Kienbaum stimmten gegen das Gesetz. Sie wußten von vornherein, daß sie sich diese Abweichung leisten konnten, weil linke CDU-Abgeordnete ihre Zustimmung zum Regierungsentwurf frühzeitig avisiert hatten.

Viel mehr als über die 21 Stimmen von der Opposition, die der Koalition zu einer runden Mehrheit für das Gesetz verhalfen, freuten sich die Sozialdemokraten über die relative Geschlossenheit ihres Koalitionspartners.

DGB-Mitbestimmungsexperte und SPD-MdB Friedhelm Farthmann, der zusammen mit Fraktionschef Herbert Wehner den monatelangen schwierigen Handel mit den Liberalen um das Betriebsverfassungsgesetz geführt hatte, staunte: „Ich habe es selbst nicht für möglich gehalten, daß die so durchgehalten haben.“

Die Opposition hatte alles versucht, den Freidemokraten die Koalitions-treue so schwer wie möglich zu machen. Geschickt verpackte die Union bei der Debatte am letzten Mittwoch in ihre Änderungsanträge typische FDP-Forderungen.

Vor allem von ihrem Antrag, eigene Sprecherausschüsse für die von der FDP heftig umworbenen leitenden Angestellten zu etablieren, erhofften sich die Christdemokraten eine Spaltung des sozialliberalen Bündnisses. Doch Mischnick und seine Mannen widerstanden der Versuchung. Kabinetts-Linksaußen Erhard Eppler lobte: „Die FDP ist eine regierungsfähige Partei geworden.“

Und SPD-Fraktionschef Herbert Wehner revozierte vor der sozialdemokratischen Fraktion sein Wort von der FDP als einer „Pendler-Partei“. Er ver-

lieh den Freidemokraten das politische Gütesiegel: „Die FDP ist wieder eine Partei.“

Euphorisch steigerte er sich zu einer Aufforderung, die seine Genossen von dem enthaltsamen Einzelgänger noch nie gehört hatten: „Darauf können wir einen kippen.“

## SPD-KATHOLIKEN

### Weg versperrt

**Georg Lebers Karriere als Renommier-Katholik der SPD endete mit einer demonstrativen Abwahl.**

Sein Kontakt zur Kirche, so Georg Leber unlängst, habe sich „für SPD und Staat ausgezahlt“; für die Kirche offenbar weniger.

Denn am vorletzten Wochenende wählte das Zentralkomitee der deut-

Entschlossen, „das Verhältnis zur Kirche bewegen zu helfen“, klagte Leber damals seinem Limburger Mentor, dem Prälaten Alexander Stein: „Es geht nicht, daß in einer Demokratie für Christen nur eine Partei wählbar ist.“

Dies zu ändern, war dem Politiker kein Weg zu beschwerlich. In der Zeit der Großen Koalition vertrat der SPD-Minister seine christdemokratischen Kabinettskollegen bei einer Bonner Fronleichnam-Prozession mit dem Apostolischen Nuntius Corrado Bafile. Im November 1969 pilgerte der fleißige Kirchgänger zum Papst nach Rom.

Dennoch konnte es Leber nicht verhindern, daß beim Regierungswechsel Bonns Katholiken-Lobby, ein großer Teil des Klerus und viele der organisierten Laien gemeinsam mit der CDU/CSU in die Opposition gingen. Nach der Machtübernahme mahnte der fromme Sozialdemokrat: „Ein katholischer SPD-Arbeiter, der auf dem Ster-



SPD-Katholik Leber, Oberhirt: Monopol verloren

schen Katholiken das bisherige ZK-Mitglied Leber ab. Durch den Verzicht auf das „sozialdemokratische Parade-pferd“ („Deutsche Tagespost“) wurde zugleich offenbar, wo das höchste Gremium katholischer Laien in der Bundesrepublik noch immer die Rechtgläubigeren vermutet: Sechzehn der 28 wieder- oder neugewählten Katholiken sind eingeschriebene Mitglieder bei einer der beiden Unionsparteien.

Der ehrgeizige Verkehrsminister muß die Abwahl aus dem Katholiken-Konvent als Verlust an Prestige und politischer Potenz empfinden. Denn er verliert sein mühsam erreichtes Monopol für die Kontakte der SPD zur römischen Kirche.

Mit dem Einbruch des prominenten Sozialdemokraten 1967 ins CDU-beherrschte ZK schien für die SPD ein Wandel durch Annäherung möglich.

bebett nach dem Priester ruft, darf nicht den Eindruck haben: Hier kommt ein politischer Gegner ins Haus.“

Als der „Katholische Club“, ein 1951 gegründeter Freundeskreis einflußreicher Unionspolitiker, Wirtschaftler und Beamter, sich sozialdemokratischen Glaubensbrüdern nicht öffnen mochte, drohte der gelernte Bauarbeiter: „Wenn es ein katholischer Club ist, dann will ich den sehen, der mir den Weg dahin versperrt.“

Den Platz des Verkehrsministers im ZK nahm ein Genosse ein, der im Sommer als einer der Autoren der reaktionären „Demokratie-Thesen“ des Zentralkomitees hervortrat: Bundestags-vizepräsident Hermann („HSV“) Schmitt-Vockenhausen, auch katholisch, aber noch konservativer als Leber, erwies sich den organisierten Gläubigen gefällig, als er selbst gegen Widerspruch

aus der eigenen Partei die Thesen öffentlich verteidigte.

Während die Links-Katholiken des „Bensberger Kreises“ die Thesen als den Versuch bezeichneten, „jene ideologische Plattform wiederherzurichten, von der aus den restaurativen Kräften der fünfziger und sechziger Jahre die Rückkehr in die politischen Machtpositionen erleichtert werden soll“, wehrte sich Rechtskatholik HSV „gegen jede pseudoreligiöse Verfälschung des Demokratiebegriffs“. Anstelle des ZK-Mitglieds Leber reiste ZK-Reservist Schmitt-Vockenhausen drei Wochen vor seiner Wahl zur Seligsprechung des polnischen Paters Maximilian Kolbe nach Rom.

Am vorletzten Wochenende zahlte sich die fromme Emsigkeit für den Rom-Pilger aus. Mit absoluter Mehrheit nahm das Laiengremium den sozialdemokratischen „Außenseiter“ („Deutsche Zeitung“) ins „schwarze ZK“ (Schmitt-Vockenhausen) auf. Für Leber, der im ZK zu den Thesen geschwiegen hatte, stimmten im vierten — vergeblichen — Wahlgang nur noch 18 von 50 Delegierten.

ZK-Mitglied Hanna-Renate Laurien, CDU-Staatssekretärin im Mainzer Kultusministerium, begründet ihr Votum gegen Leber: „Gearbeitet hat er nie. Er kam immer nur zu Abstimmungen, wenn das Fernsehen da war.“

Über den Wahlsieg des Leber-Konkurrenten Schmitt-Vockenhausen mutmaßte die CDU-Dame: „Das war der Lohn für vortreffliche Mitarbeit.“

## MÜLL

### Einer zahlt immer

Bei einem Hearing in Bonn warnten Experten vor der Müll-Springflut. Innenminister Genscher will mit einem Bundesgesetz gegenhalten.

Beamte des Stuttgarter Innenministeriums schwärmten aus — auf Müllplätze. Ihr Auftrag: Baden-Württemberg Abfallbeseitigung zu inspizieren.

Nach einer Tournee über 3500 Müllkippen stellten sie fest, daß gerade 15 ordnungsgemäß angelegt und betrieben werden. Im süddeutschen Sauberland — so fanden die Rechercheure schließlich heraus — wird nur ein Viertel des Bürger-Mülls auf geordneten Abfallplätzen, in Kompostierungs- und Verbrennungsanlagen beseitigt.

Die Stuttgarter Müll-Besichtigung, deren Ergebnisse in der vergangenen Woche dem mit der Beratung eines Abfallbeseitigungsgesetzes befaßten Bundestagsinnenausschuß unterbreitet wurden, machte ein allgemeines Desaster sichtbar: Nur ein geringer Teil der in Wohnungen und Fabriken, Kantinen und Krankenhäusern anfallenden Abfälle wird so beseitigt, daß keine Schäden für die Umwelt entstehen.

Die Umweltschützer im Bonner Innenministerium schätzen, daß 1971 von insgesamt 133 Millionen Kubikmeter Müll nur 55 Millionen gesammelt und irgendwie „vernichtet“ werden — zum größten Teil auf 50 000 Müllplätzen, die zahlreichen Betrieben zudem als willkommene Kippe für die Ablagerung giftiger Abfälle dienen. Die besondere Gefährlichkeit der Giftleger resultiert aus ihrer vollkommenen Gewissenslosigkeit: Für ein paar Mark Kostenersparnis erscheint es ihnen lohnend, Leben und Gesundheit anderer aufs Spiel zu setzen.

Nur rund ein Fünftel der tatsächlich gesammelten Abfälle wird nach einer Untersuchung des Bundesgesundheitsamtes in insgesamt 35 Verbrennungsanlagen beseitigt, die bereits jetzt voll ausgelastet sind.

Um das ständig wachsende Riesengebirge von Haus- und Gewerbemüll,



Westfälische Rundschau

### Müllologen unter sich

Autowracks und Altreifen (jährliche Steigerungsrate: fünf bis acht Prozent) unschädlich zu machen, wie es im Regierungsentwurf des Abfallbeseitigungsgesetzes verlangt wird, müßten die Gemeinden bis 1985 rund drei Milliarden Mark in die Sanierung und Erweiterung alter und die Errichtung neuer Anlagen investieren.

Derzeit geben die Kommunen für die laufenden Kosten der Müllabfuhr nach einer Berechnung des Deutschen Städtetages schon knapp eine Milliarde Mark jährlich aus. Gemäß Innenminister Genschers Abfallgesetz wären die Müllkosten bereits 1971 auf rund 2,4 Milliarden Mark gestiegen. Professor Hans Straub, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft für Abfallbeseitigung und Stadtbaudirektor in Baden-Baden: „Die Kommunen haben kein Geld, diese Infrastruktur zu finanzieren.“

Nur „eine Begrenzung des Abfallaufkommens“, so argumentierten die Vertreter der Länder und Gemeinden vergangene Woche vor dem Innenausschuß

des Bundestages, könne eine Müll-Katastrophe verhindern.

Aber selbst mit mehr Geld ist der Springflut der Wohlstandsreste kaum beizukommen. Denn Kunststoffe im Hausmüll — wie Folien und Behälter aus PVC, die nach einer Untersuchung des Battelle-Instituts in Frankfurt schon 0,25 Prozent der Müllmenge ausmachen — verpesteten selbst bei der Verbrennung in hochmodernen Müllverwertungsanlagen durch freiwerdende Salzsäure die Umwelt. Die Chemikalien zerfressen überdies allmählich die Verbrennungsanlage selbst.

Kunststoffe aus dem Müll auszusondern, wäre jedoch viel zu aufwendig. Einziger Ausweg daher nach Meinung der kommunalen Müll-Spezialisten: Produkte aus Kunststoffen dürfen nur noch begrenzt zugelassen werden, die weitere Entwicklung von Einweg-Verpackungen aller Art ist zu verbieten. Gemeinde-Vertreter Straub: „Wir wissen nicht, wohin die Produktion umweltgefährdender Stoffe noch führen kann.“

Außerdem sollten umweltschädliche Produkte aus Kunststoff — aber auch Kraftfahrzeuge und Reifen, deren Beseitigung besonders hohe Kosten verursacht — mit einer zweckgebundenen Müllsteuer belegt werden. Denn heute zahlt — so Straub — die Allgemeinheit für die Beseitigung schwieriger Abfallarten, während „dem Verursacher aus der Produktion solcher Stoffe Vorteile erwachsen“. Um Wettbewerbsnachteile für die deutsche Industrie zu vermeiden, schlägt Straub vor, die Steuer auch auf Importprodukte zu erheben, bei Exporten aber auszusetzen.

Im Regierungsentwurf hat sich Innenminister Genscher bereits die Möglichkeit vorbehalten, durch Rechtsverordnung den Vertrieb bestimmter Einwegverpackungen zu beschränken oder gar zu verbieten.

Dagegen läuft die Industrie-Lobby Sturm. Die Propagandisten hantieren dabei mit angeblichen Verbrauchervünschen: Bei einer Umfrage der Wikt-Institute hätten sich 90 Prozent der Frauen und 88 Prozent der Männer gegen ein Verbot der Einwegflasche ausgesprochen. Überdies stelle ein solches Verbot, so Erhard Heinze, Vorstandsmitglied der Verpackungsfirma Schmalbach-Lubeca, „das unentbehrliche Selbstbedienungsprinzip in Frage“.

Allenfalls eine Umweltsteuer wollen die Industrie- und Handelsherren akzeptieren. Denn dann könne jeder Betroffene selbst entscheiden, ob er die Steuer zahlen oder umweltfreundlichere Güter produzieren wolle.

Wer eine solche Umweltsteuer auf Autos oder Reifen, Einwegflaschen oder PVC-Packungen tragen muß, ist ohnehin klar, denn die Abgabe wird mit Sicherheit in die Preise eingerechnet und übergewälzt. Bonns oberster Umweltschützer, Innenminister Genscher: „Der Konsument zahlt immer.“